

STADT UND ARBEIT

Eine Untersuchung der Arbeitslandschaften in Amsterdam

Der wirtschaftliche Aufschwung im Zuge der Tertiärisierung, sowie das Wachstum und die Diversifizierung der Stadtbevölkerung werden oft als große Erfolge der Stadtentwicklung seit den 1990er Jahren beworben. In Amsterdam, wie auch in vielen anderen europäischen Städten, wird die Kehrseite dieses Wachstumsmodells immer spürbarer: bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware, die Gentrifizierung einzelner Stadtteile schreitet voran. Viele Amsterdamer*innen mussten im Zuge dieser Entwicklungen die Stadt verlassen, während zunehmend junge und hoch gebildete Haushalte das Wachstumsmodell tragen.

In vielen Städten in Europa drängt seit den 1990er Jahren die aktive öffentliche Förderung der Wissensökonomie andere Arbeitssektoren zurück. Die daraus resultierende Polarisierung des Arbeitsmarktes teilt die Bevölkerung in Modernisierungsgewinner*innen und -verlierer*innen.

Neben dem Zugang zu Wohnraum bildet die Diversität der Arbeitsmöglichkeiten eine der wichtigsten Funktionen einer Stadt, um gesellschaftliche Heterogenität zu erhalten und grundlegende Integrations- und Aufstiegsperspektiven zu sichern. Trotzdem bleibt die Rolle der Arbeitslandschaft bei den fachlichen Untersuchungen zumeist unbeachtet. Vielmehr reduziert sich der planerische Blick in Amsterdam zumeist auf die als erfolgreich verstandene ökonomische Dimension, soziale und kulturelle Folgen dieser Stadtentwicklung bleiben unterbelichtet.

Planungsprojekt an der Professur
Raumplanung und Raumforschung
Bauhaus-Universität Weimar

Wintersemester 2022/23
Studierende der Urbanistik
Betreuung: Tanja Potezica, Max Hoffmann

Projektteilnehmer*innen:

Paulina Fohrt, Janina Hain, Thorben Haeusler, Philipp Havemann, Lena Herz, Jonas Hülsmann, Simon Kliem, Paula Koerber, Nele Mangels, Jannis Martens, Artur Meier, Laura Meinert, Theresa Moraht, Marie Noeske-Heisinger, Jenny Oltmann, Nikolai Otto, Nikolas Peschel, Hannah Pfaller, Lotta Philippi, Madita Pyschik, Veronika Steinbacher, Hanna Tost, Leonie von Brock

FREIRÄUME ODER FREITRÄUME?

Die Betrachtung von nicht-kommerziellen (Frei-)Räumen in Amsterdam

Können sich nicht-kommerzielle (Frei-)Räume in der Stadt Amsterdam, in der eine Planungspolitik nach Wachstumslogiken praktiziert wird, etablieren?



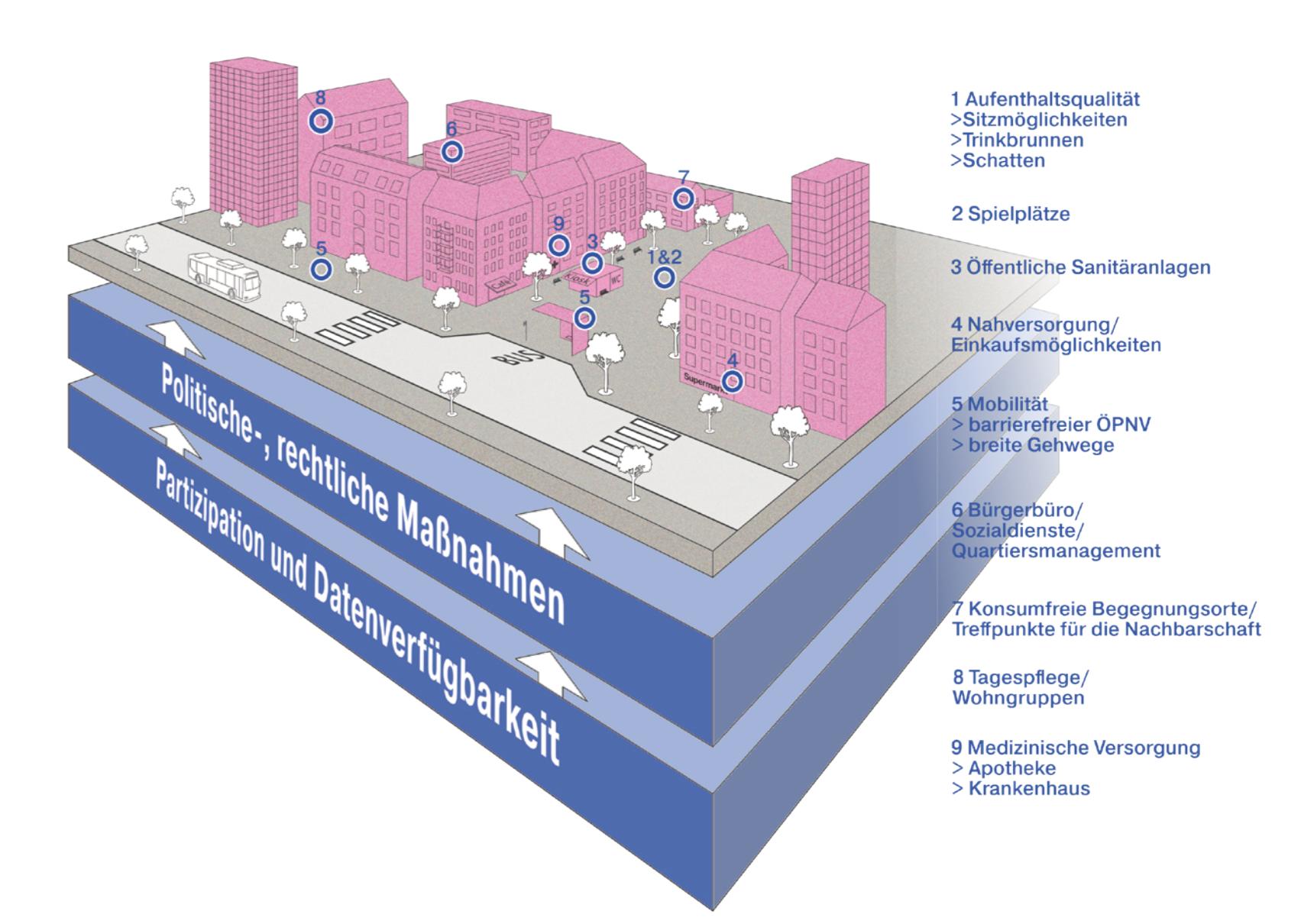
Die Wachstums- und Verdichtungsprozesse in Amsterdam intensivieren den Flächendruck und damit die Raumfragen, insbesondere für Räume, die alternativen Wirtschaftspraktiken Platz bieten wollen und sich durch einen nicht-kommerziellen Charakter beschreiben. Die Gemeinde Amsterdam greift die Thematik von nicht-kommerziellen (Frei-)Räumen in verschiedenen Programmen auf. Während die Programme auf großes Engagement hinsichtlich der Schaffung und des Erhalts dieser (Frei-)Räume schließen lassen, werden bei der Umsetzung diverse Problematiken deutlich. Es lässt

sich feststellen, dass (Frei-)Räume in Amsterdam tief in Kommerzialisierungswängen verankert sind und die Etablierung eines nicht-kommerziellen Charakters dadurch kaum möglich ist. Regelungen und idealisierte Vorstellungen fordern intensive zeitliche, finanzielle Kapazitäten und persönliche Ressourcen der Nutzer*innen. Obwohl die Etablierung wirklicher Freiräume in dem kapitalistischen Planungssystem Amsterdam nicht möglich ist, sind die Programme ein wichtiger Ansatz hinsichtlich der Akzeptanz alternativer Wirtschaftspraktiken.

Welche Maßnahmen können politische Entscheidungsträger*innen anwenden, um Personen zu entlasten, die nicht entlohnte Care-Arbeit leisten?

POSTWACHSTUM UND CARE REVOLUTION

Ein Umdenken der Arbeitslandschaft Amsterdams



Nicht entlohnte Care-Arbeit bildet eine zentrale Stütze des Sozialsystems und weist derzeit starke Defizite auf. Dabei ist die Sicherstellung des gesellschaftlichen Wohlergehens in der Postwachstums-theorie von zentraler Bedeutung. Der erarbeitete Werkzeugkasten für bessere Bedingungen nicht entlohter Care-Arbeit zeigt eine Vielzahl verschiedener Maßnahmen auf institutioneller, politischer und räumlicher Ebene auf und richtet sich primär an politische Entscheidungsträger*innen. Die Maßnahmen haben das übergeordnete Ziel, den Alltag von

fürsorgenden Personen zu erleichtern. Grundlage für jegliche Entscheidungen müssen Beteiligungsprozesse sein, in denen die Expertise betroffener Personen abgefragt wird. Mögliche rechtlich-politische Maßnahmen betreffen Arbeitszeit, finanzielle Vergütung oder konkrete Care-Angebote. Durch räumliche Maßnahmen soll ein barrierefreies und gut erreichbares Quartier mit attraktiven öffentlichen Räumen entwickelt werden, in dem alle Bedürfnisse des täglichen Lebens in unmittelbarer Nähe abgedeckt werden können.